Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates

Sitzungsdatum:	**Mittwoch, den 05.04.2017**
Beginn:	**19:00 Uhr**
Ende	**20:50 Uhr**
Ort, Raum:	**Bürgersaal des neuen Rathauses Langensteinbach, Hirtenstraße 45, 76307 Karlsbad**

Anwesend:

Vorsitzende/r
Herr Jens Timm

Freie Wähler
Frau Heike Christmann
Herr Dipl.-Ing. Jürgen Herrmann
Herr Otto Höger
Herr Joachim Karcher
Herr Roni Lörch
Herr Karl-Heinz Ried
Frau Hielta Schlifkowitz ab 19:20 Uhr
Herr Oliver Walch

CDU
Herr Reinhard Dummler
Frau Ingeborg Haese-Sandner
Herr Peter Kiesinger
Herr Roland Rädle
Herr Norbert Ried
Herr Dr. Martin Rupp
Frau Dr. Karla Schelp

SPD
Herr Reinhard Haas
Herr Walter Hoffer
Herr Edgar Huck
Frau Cornelia Nürnberg
Herr Klaus Steigerwald

Bündnis 90/Die Grünen
Frau Heike Günther
Herr Andreas Hartmann
Herr Uwe Rohrer
Frau Dr. Susanna Vollmer ab 19:15 Uhr

Ortsvorsteher
Herr Hans-Gerhard Kleiner

Protokollführer
Herr Hans-Dieter Stößer

von der Verwaltung
Frau Petra Goldschmidt
Herr Benedikt Kleiner
Herr Ronald Knackfuß
Herr Dr. Klaus Rösch

Sachverständige
Herr Andreas Adler

Abwesend:
Herr Günter Sing entschuldigt

Tagesordnung:

1 **Bekanntgaben**

2 **Fragen der Gemeinderäte**

3 **Ehrung der Mehrfachblutspender/-innen**

4 **Beratung und Beschlussfassung zum Entwurf der Fortschreibung des Flächennutzungsplanes - Windenergie - Vorlage: 60/0326/2017**

5 **Beratung und Beschlussfassung zum Entwurf der Fortschreibung des Flächennutzungsplanes - Wohnen und Gewerbe - Vorlage: 60/0342/2017**

6 **Beratung und Beschlussfassung über die Vergabe der Lieferung von Schulbüchern für die Karlsbader Schulen in den Schuljahren 2017/2018 und 2018/2019 Vorlage: 20/0350/2017**

7 **Beratung und Beschlussfassung über Auftragsvergaben zur Essensversorgung in der Grund- und Förderschule Ittersbach**
1. Abbruch- und Rohbauarbeiten
2. Metallbau- und Fensterarbeiten
3. Tischlerarbeiten
Vorlage: 60/0352/2017

8 **Genehmigung von Protokollen**

9 **Verschiedenes**

10 **Fragen der Zuhörer**

Nach Eröffnung der Verhandlung stellt der Vorsitzende fest, dass durch Ladung vom 28.03.2017 ordnungsgemäß eingeladen worden ist und das Gremium beschlussfähig ist, weil 23 Gemeinderäte einschließlich Vorsitzender anwesend sind sowie die Sitzung im Mitteilungsblatt vom 30.03.2017 öffentlich bekannt gemacht worden war.

Als Urkundspersonen werden ernannt:
Gemeinderäte Herrmann Jürgen , Rädle Roland ,Haas Reinhard, Rohrer Uwe

zu 1 Bekanntgaben

Ortsbaumeister Ronald Knackfuß informiert darüber, dass bei einer Sitzung der Arbeitsgruppe Bau Gemeinschaftsschule folgenden Vergaben zugestimmt worden ist:
Küchentechnische Einrichtungen: 262318,84 Euro an die Firma Baschang in Karlsruhe, Trockenbauarbeiten: 267179,80 Euro an die Firma Rasch in Bad Waldsee, Innenputzarbeiten: 199655,56 Euro an die Firma Heinrich Schmied in Baden-Baden.

zu 2 Fragen der Gemeinderäte

Keine.

zu 3 Ehrung der Mehrfachblutspender/-innen

Der Vorsitzende hält eine kurze Rede. „Für Sie ist Nächstenliebe kein Fremdwort“ betont er bei der zweiten Ehrung von Blutspendern im Zuge einer Gemeinderatssitzung. Das Blutspenden sei eine großartige Leistung um Schwerverletzten zu helfen und Schwerkranke zu heilen. Blut könne nicht industriell hergestellt werden und die Spender zeigen „in besonderer Weise Gemeinschaftssinn“. „Wenn man die erste Hemmschwelle beim Blutspenden überwunden hat, dann ist dies künftig überhaupt kein Problem mehr“. Die öffentliche Ehrung solle dazu beitragen, mehr Menschen zur Blutspende zu animieren. Dank gebühre auch den Verantwortlichen des DRK für ihren Dienst rund ums Blutspenden. Von den anwesenden DRK-Vertretern bedankt sich Klaus Rupp – Vorsitzender vom DRK Ortsverein Spielberg - bei den Spenderinnen und Spendern und ermuntert diese, weiter aktiv zu sein.
Geehrte Blutspenderinnen und Blutspender
10fache Blutspender: Rita Adels, Carmen Becker, ‚Anja Blappert, Christa Keller, Elvira Laupp, Heidi Ochs, Siegrun Rühle, Sebastian Tutzschky, Matthias Weickenmeier, 25fache Blutspender: Bärbel Bergmann, Gerhard Dunker, 50fache Blutspender: Bärbel Knab, Gunter Vogt, 75fache Blutspender: Rainer Mohr, 100fache Blutspender: Petra Arheidt.

zu 4 Beratung und Beschlussfassung zum Entwurf der Fortschreibung des Flächennutzungsplanes - Windenergie - Vorlage: 60/0326/2017

Joachim Guthmann erläutert das Thema ausführlich. Die Landesregierung habe im Jahr 2011 das Landesplanungsgesetz insoweit geändert, dass die in den Regionalplänen festgesetzten Vorrang- und Ausschlussgebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen aufgehoben wurden. Damit werde es den Kommunen möglich, solche Gebiete selbst festzusetzen. Wenn dies nicht erfolge, seien Windenergieanlagen privilegiert und im Außenbereich generell zulässig, sofern keine anderweitigen öffentlichen Belange entgegenstehen. Dann würde bei diesen Anlagen im immissionsschutzrechtlichen Verfahren die Zulässigkeit im Einzelfall geprüft.

Vorgehen des Nachbarschaftsverbandes (NVK) bis 2014
Der Nachbarschaftsverband Karlsruhe (NVK) – elf Kommunen die räumlich nebeneinander liegen einschließlich Karlsbad - habe beschlossen, solche Gebiete festzusetzen, in denen ausschließlich Windenergieanlagen zulässig seien. Damit sollte verhindert werden, dass theoretisch auf allen Flächen Windräder geplant werden können. Daraufhin habe man auf Basis des Windatlas Baden-Württemberg Suchräume definiert. Das Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft hat diesen erstellt, um die Datengrundlage für die Windenergienutzung zu verbessern, die Diskussion um mögliche Standorte zu versachlichen sowie regionalen und kommunalen Planern eine Planungshilfe bei der Ausweisung von mehr und besseren Vorranggebieten zur Verfügung zu stellen. Diese Flächen wurden weiter anhand von unterschiedlichsten Kriterien geprüft ob sie geeignet sind (unter anderem Windhöffigkeit, Siedlungsabstände, Artenschutz, etc.). Schließlich sei in dem geprüften Gebiet nur ein Standort für zwei Anlagen bei der ehemaligen Kreismülldeponie übrig geblieben. Dieser Fläche habe der Bau- Planungs- und Umweltausschuss zugestimmt. Das Regierungspräsidium habe dem NVK klar gemacht, dass diese einzige Windenergiefläche in Bezug auf die gesamten Flächen der beteiligten Kommunen zu wenig sei. Erwartet werde ein stärkerer, substanzieller Beitrag an Flächen für Windenergieanlagen.

Neuer Prüfdurchgang des NVK und Festlegungen des Regionalverbandes
Nach der ablehnenden Haltung des Regierungspräsidiums habe der NVK beschlossen, die Planung mit veränderten Kriterien nochmals aufzurollen. Man wollte nach wie vor erreichen, dass die Windenergieanlagen nur auf bestimmten Flächen zulässig sind. Dabei wurde unter anderem der Untersuchungsraum erweitert, die Siedlungsabstände beibehalten, jedoch die Mindestgeschwindigkeit bei der Windhöffigkeit (diese beschreibt das Vorkommen bzw. Ertragspotenzial eines bestimmten Gebietes in Bezug auf Wind) etwas reduziert. Dazu wurde das Prüfverfahren für alle bisher noch nicht untersuchten Flächen zwischen 4,5 - 5,0 Meter pro Sekunde bei 100 m über Gelände durchgeführt. Dieses habe als Ergebnis zwei Flächen für fünf bis sechs Windkraftanlagen gebracht: Ein größerer Bereich um die ehemalige Kreismülldeponie und ein weiterer Bereich „Im Großen Wald“ nördlich des Gewerbegebietes Stöckmädle Richtung Langensteinbach. Parallel zum Verfahren für die Flächennutzungsplan-Fortschreibung habe auch der Regionalverband Mittlerer Oberrhein (RVMO) einen Teilregionalplan „Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windkraftanlagen“ erstellt. In diesem Verfahren wurden zwei Flächen aufgenommen: die ehemalige Hausmülldeponie und ein Bereich links und rechts der Kreisstraße 3556 Richtung Spielberg, fast am Waldrand liegend. Der Karlsbader Gemeinderat habe sich in seiner Sitzung am 06.05.2015 gegen eine Ausweisung der markierten Flächen als Vorranggebiete in Karlsbad ausgesprochen. Das Verfahren sei noch nicht abgeschlossen. Nach aktuellem Verfahrensstand sei aber davon auszugehen, dass der Teilregionalplan die dargestellten Karlsbader Flächen als Vorrangflächen ausweisen werde. Die Ortschaftsräte in Spielberg und Ittersbach hätten die Entwurfsplanung bereits vorberaten. Der Ortschaftsrat Spielberg habe dem Flächennutzungsplanentwurf einstimmig zugestimmt. Der Ortschaftsrat Ittersbach habe Bedenken gegen die Ausweisung einer entsprechenden Fläche im Flächennutzungsplan und hat den Entwurf bei einer Stimmenthaltung abgelehnt. Guthmann betont, dass eine nicht genehmigte Flächennutzungsplanung ohne Vorranggebiet zur Konsequenz hätte, dass die Windkraftanlagen im Einzelfall zulässig seien, wenn nicht andere öffentliche Belange diesen entgegenstehen. Die Gemeinde verliere bei einem Verzicht auf die Steuerung über den Flächennutzungsplan fast jeglichen Gestaltungsspielraum bei der Standortauswahl.

Diskussion im Gemeinderat
Im Gemeinderat wird intensiv und teilweise kontrovers diskutiert. Etliche Gemeinderäte sehen keine Alternative dazu, den Flächen zuzustimmen, weil die Gemeinde im NVK sowieso überstimmt werde. GR Jürgen Herrmann (Freie Wähler) meint unter anderem, dass die Senkung der Windhöffigkeit eine rein politische Entscheidung sei. Man werde die Klimaschutzziele nicht erreichen, der Strompreis sei durch die vielen Umlagen und staatlichen Steuern überhöht. Großfirmen würden von den Umlagen ausgenommen, das sei insgesamt „Wahnsinn“. GRin Dr. Karla Schelp (CDU) sagt, dass sie die Windkraftanlagen ablehnen möchte, jedoch keine rechtliche Möglichkeit sieht. GRin und Ortsvorsteherin Heike Christmann (Freie Wähler) erläutert, dass Ittersbach schon durch andere Vorhaben und Einrichtungen übergeordneter Stellen belastet werde (ehemalige Kreishausmülldeponie und Naturschutzgebietsverfahren). Alternativ wäre denkbar, eine Photovoltaikanlage auf der ehemaligen Kreishausmülldeponie zu bauen. Man wolle kein Anreiz für Investoren setzen. GR Uwe Rohrer (Bündnis 90/Grüne) hingegen sieht bei dem umstrittenen Thema einerseits die Eingriffe in die Natur durch die Windkraftanlagen. Andererseits bestehe Konsens in der Gesellschaft, Energie regenerativ zu erzeugen. Es müsste möglich sein, mit den Standorten zu leben. GR Reinhard Haas (SPD) bewertet dies ähnlich, die Meinung in der Fraktion sei nicht ganz einheitlich, jedoch mehrheitlich dafür, Flächen auszuweisen. GR Martin Rupp (CDU) sagt, dass man bei den Werten für die Windhöffigkeit, die jetzt angewendet wurden, weit von der Wirtschaftlichkeit weg sei. GR und Ortsvorsteher Joachim Karcher (Freie Wähler) betont, dass die Entscheidung alternativlos sei, man wolle keinen Wildwuchs von Anlagen. GR Roland Rädle (CDU) bezeichnet das Ganze als „demokratischen Vorgang“ bei dem man einen „emotionalen Bezug“ zu den Flächen habe. Man solle sich die letzte kleine Steuerungsmöglichkeit nicht nehmen lassen. Der Vorsitzende betont, dass der Gemeinderat nicht über Pro und Contra Windkraft entscheide, sondern dass es wichtig sei, sich zu positionieren. Wenn die Gemeinde nichts tue, kämen die Investoren sowieso auf Karlsbad zu. Die Kommunen im NVK wollen das Ganze jedoch steuern. Es handle sich, so Joachim Guthmann abschließend, ja um eine vorberatende Sitzung zur Sitzung des NVK am 22. Mai.

Antrag an den Gemeinderat:
Der Gemeinderat wolle dem Entwurf zur Fortschreibung des Flächennutzungsplanes Windenergie zustimmen.
mehrheitlich beschlossen Ja 14 Nein 10

zu 5 Beratung und Beschlussfassung zum Entwurf der Fortschreibung des Flächennutzungsplanes - Wohnen und Gewerbe - Vorlage: 60/0342/2017

Joachim Guthmann erläutert, dass die Verbandsversammlung im März 2012 das formelle Verfahren zur Fortschreibung des Flächennutzungsplans 2030 auf den Weg gebracht habe. Parallel sei beschlossen worden, den Landschaftsplan ebenfalls fortzuschreiben. Bei den gewerblichen Bauflächen habe eine Studie der beauftragten Fachfirma CIMA/Planquadrat gezeigt, dass die Bauflächenthematik vor den Wohnflächen behandelt werden müsse.

Gewerbeflächen
Aus der Gewerbeflächenstudie, welche dem Gemeinderat 2012 vorgestellt wurde, ergebe sich für Karlsbad ein Neuausweisungsbedarf von 10 ha gewerblicher Bauflächen. Die zuerst ermittelten Gebietsvorschläge seien durch die Verbandsversammlung vom Nachbarschaftsverband (NVK) im Februar 2014 deutlich reduziert worden. Ferner habe der NVK über die geplante Herausnahme von „Tauschflächen“ aus dem Flächennutzungsplan 2010 entschieden. Außerdem wurden mehrere interkommunale Ansätze, u.a. auch zwischen Karlsruhe und Karlsbad geprüft, um die Potenziale größerer Gebiete an günstig gelegenen Standorten zu bündeln. Im weiteren Verfahren seien folgende Flächen für Karlsbad übrig geblieben: Ittersbach: Abrundung im Gewerbegebiet Stöckmädle 0,8 Hektar, Schießhüttenäcker-Nordwest (3,6 Hektar) und Finkengrund (5,6 Hektar) in Langensteinbach. Die Fläche „Im Steinig“ werde nicht weiter verfolgt, da weiter Dissens mit dem Regionalplan besteht und ein hoher Aufwand für die Erschließung zu erwarten sei.

Wohnbauflächen
Bei den Wohnbauflächen sind im Flächennutzungsplan 2010 rund 56 Hektar dargestellt. Karlsbad hätte davon eigentlich die über den tatsächlichen Bedarf hinausgehenden Flächen zurückgeben müssen. Weil jedoch Karlsruhe und Eggenstein-Leopoldshafen die diesen zustehenden Bedarfe nicht ausschöpfen, profitiere Karlsbad und andere Gemeinden. Diese könnten ihre noch im Flächennutzungsplan 2010 geplanten Wohnbauflächenkontingente beibehalten, obwohl die vom Statistischen Landesamt berechneten Bevölkerungszuwächse eigentlich entsprechend geringere Flächenausweisungen erfordern würden. Für die Gemarkungsfläche der Gemeinde Karlsbad hat der Gemeinderat im Ortsteil Auerbach einen Tausch der im Flächennutzungsplan dargestellten Baufläche „Brunnenwiesen“ mit der neu aufzunehmenden Fläche „Buckeberg III“ beantragt. Bei der Wohnflächenentwicklung werde der Verbandsversammlung der Flächentausch der Gebiete „Brunnenwiesen“ (wegfallend) und „Buckeberg III“ (Neuaufnahme) in Auerbach empfohlen.

Diskussion im Gemeinderat
Der Vorsitzende und die Gemeinderäte Jürgen Herrmann (Freie Wähler), Roland Rädle (CDU) und Reinhard Haas (SPD) betonen, dass die Fläche Steinig nicht aus dem Auge verloren werden dürfe. „Im Bereich Wohnen müssen wir bei den uns überlassenen Flächen höher verdichten, also mehr Menschen pro Fläche unterbringen“, so der Vorsitzende. GR Roland Rädle (CDU) sieht bei der Gewerbefläche „Finkengrund“ Probleme, diese in die Praxis umsetzen zu können, vor allem wegen der Topographie. Ortsvorsteher Hans-Gerhard Kleiner zeigt sich zufrieden mit dem Tausch der Flächen Brunnenwiesen und Buckeberg III.

Antrag an den Gemeinderat:
Der Gemeinderat wolle den FNP-Vorentwurf „Wohnen/Gewerbe“ zustimmend zur Kenntnis nehmen.
zur Kenntnis genommen

zu 6 Beratung und Beschlussfassung über die Vergabe der Lieferung von Schulbüchern für die Karlsbader Schulen in den Schuljahren 2017/2018 und 2018/2019
Vorlage: 20/0350/2017

Rechnungsamtsleiterin Petra Goldschmidt hält einen kurzen Sachvortrag anhand der Vorlage und erläutert, dass die Angebote inhaltlich absolut gleich seien. Mit der Buchhandlung Lettera habe man sehr gute Erfahrungen gemacht.

Antrag an den Gemeinderat / Ausschuss:
Der Gemeinderat beschließt, den Zuschlag der Lieferung der Schulbücher für die Schuljahre 2017/2018 und 2018/2019 der Buchhandlung Lettera zu erteilen und wie bereits in den Vorjahren, Abschlagszahlungen für die einzelnen Schulen an die Buchhandlung zu leisten.

einstimmig beschlossen Ja 25 Nein o Enthaltung o

zu 7 Beratung und Beschlussfassung über Auftragsvergaben zur Essensversorgung in der Grund- und Förderschule Ittersbach
1. Abbruch- und Rohbauarbeiten
2. Metallbau- und Fensterarbeiten
3. Tischlerarbeiten
Vorlage: 60/0352/2017

Andreas Adler vom Architekturbüro Adler+Retzbach hält nach einem kurzen Korrekturhinweis von Ortsbaumeister Ronald Knackfuß zur dritten Vergabe (Übertragungsfehler) Sachvortrag. Das Projekt laufe in zwei Bauphasen. Zunächst beginne man mit der ersten Bauphase in den Osterferien im Untergeschoss der Schule, später im Obergeschoss. Die zweite Bauphase umfasse den Bereich des Kindergartens. Abgeschlossen werden soll das Projekt bis Sommer/Spätsommer 2018.
Antrag an den Gemeinderat / Ausschuss:

1. Die Verwaltung empfiehlt dem Gemeinderat, den Auftrag für die Abbruch- und Rohbauarbeiten für die Essensversorgung an den preisgünstigsten Bieter, die Firma Schmitt, Flemlingen, mit einer Auftragssumme von 68.898,32 Euro zu vergeben.

2. Die Verwaltung empfiehlt dem Gemeinderat, den Auftrag für die Metallbau- und Fensterarbeiten für die Essensversorgung an den preisgünstigsten Bieter, die Firma Beck, Kappel-Grafenhausen, mit einer Auftragssumme von 35.347,52 Euro zu vergeben.

3. Die Verwaltung empfiehlt dem Gemeinderat, den Auftrag für die Metallbau- und Fensterarbeiten für die Essensversorgung an den preisgünstigsten Bieter, die Firma Stadler, Karlsbad, mit einer Auftragssumme von 46.540,90 Euro zu vergeben.

4. Die Verwaltung empfiehlt dem Gemeinderat, den Auftrag für die Putz- und Trockenbauarbeiten für die Essensversorgung an den preisgünstigsten Bieter, die Firma Slavos, Schömberg, mit einer Auftragssumme von 32.114,29 Euro zu vergeben.

einstimmig beschlossen Ja 25 Nein 0 Enthaltung 0

zu 8 Genehmigung von Protokollen

Das öffentliche Gemeinderatsprotokoll vom 15. März 2017 wird mit 25 Jastimmen einstimmig genehmigt.

zu 9 Verschiedenes

Der Vorsitzende informiert, dass die Gemeinde bezüglich des geplanten Ausbaus der L 623 informiert worden sei, dass eine Fußgängerunterführung in Höhe von 3,10 Meter in die Pläne aufgenommen werde. Hierzu erfolge eine Nachanhörung und dann könnte der Planfeststellungsbeschluss erfolgen. Nach der jetzt erfolgten Mitteilung soll der Bau im Jahr 2018 beginnen.

Die Karlsbader Einrichtungen sollen auch im Namen entsprechend erkennbar sein, daher leite die Verwaltung die Umbenennung des Freibades Langensteinbach in Freibad Karlsbad und der Schwarzwaldschule Ittersbach in Schwarzwaldschule Karlsbad in die Wege.

Garten- und Umweltamtsleiter Dr. Klaus Rösch informiert, dass der Jahresbericht zu ehemaligen Hausmülldeponie Ittersbach vorliege. Dieser sei unproblematisch, die Nachsorge laufe und der Sickerwasserabfluss sei konstant. Das Sickerwasser werde abgefahren und entsorgt. Es gebe keine bedeutenden Setzungen, die Drainage funktioniere. Bei Interesse könne der Bericht zur Verfügung gestellt werden.

Rechnungsamtsleiterin Petra Goldschmidt sagt, dass bei der Jagdverpachtung Bezirk I Mutschelbach Dieter Wildenmann aus der Jagdpacht ausgeschieden sei und seine Rechte und Pflichten von den übrigen Pächtern Henry Walch, Jochen Walch und Herold Welte übernommen werden.

zu 10 Fragen der Zuhörer

Keine.

gez. Jens Timm Vorsitzender	gez. Hans-Dieter Stößer Protokollführer/in
Gemeinderat Jürgen Herrmann Urkundsperson	Gemeinderat Reinhard Haas Urkundsperson
Gemeinderat Roland Rädle Urkundsperson	Gemeinderat Uwe Rohrer Urkundsperson